

Refinanzierung entgegenzuwirken. Eine Pressemitteilung zu der von der Bank of Canada, der Bank of England, der EZB, dem Federal Reserve System und der Schweizerischen Nationalbank angekündigten gemeinsamen Maßnahme wurde am 11. März 2008 auf der Website der EZB veröffentlicht.

Am 27. März 2008 beschloss der EZB-Rat, zusätzliche längerfristige Refinanzierungsgeschäfte (LRGs) mit einer Laufzeit von sechs Monaten durchzuführen. Zudem beschloss der EZB-Rat, weitere zusätzliche LRGs mit einer Laufzeit von drei Monaten durchzuführen. Die regelmäßigen monatlichen LRGs bleiben hiervon unberührt. Diese zusätzlichen LRGs mit einer Laufzeit von drei beziehungsweise sechs Monaten sollen dazu beitragen, das Funktionieren des Euro-Geldmarkts zu normalisieren. Eine entsprechende Pressemitteilung ist auf der Website der EZB veröffentlicht worden.

Zahlungssysteme und Marktinfrastruktur: Am 27. März 2008 verabschiedete der EZB-Rat Erläuterungen zur Grundsatzklärung des Eurosystems zur Konsolidierung des Clearingverfahrens der zentralen Kontrahenten in Bezug auf den Verhaltenskodex für das Clearing und Settlement (Eurosystem policy statement on consolidation in central counterparty clearing in relation to the Code of Conduct for clearing and settlement), die auf der Website der EZB zur Verfügung gestellt werden. Der EZB-Rat stellte klar, dass die Grundsatzklärung des Eurosystems nicht als ein Hemmnis oder Hindernis für bestimmte Marktinitiativen – einschließlich der Marktzugänge durch Links, die im Rahmen des Verhaltenskodex geschaffen werden – zu verstehen ist.

Weiterhin bekräftigte der EZB-Rat unter anderem seine Ansicht, dass Standards für das Risikomanagement für zentrale Kontrahenten festgelegt werden müssen, dass eine im Euro-Währungsgebiet angesiedelte „Binneninfrastruktur“ erforderlich ist und der Konsolidierungsprozess im Allgemeinen vom privaten Sektor vorangetrieben werden sollte, vorausgesetzt, die Bedingungen für einen offenen und fairen Zugang sind vorhanden.

Finanzstabilität und Aufsichtsfragen: Der zweite Bericht der EZB über die Integration der Finanzmärkte wurde noch für April 2008 angekündigt. In diesem Bericht

Beschlüsse des EZB-Rats (ohne Zinsbeschlüsse)

Geldpolitik: Am 27. März 2008 genehmigte der EZB-Rat gemäß dem Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, auf dessen Grundlage die EZB die Einhaltung der in Artikel 101 und 102 enthaltenen Verbote und der damit zusammenhängenden Verordnungen durch die Zentralbanken überwacht, den entsprechenden Bericht für das Jahr 2007. Nähere Informationen hierzu sind einem eigenen Abschnitt des Jahresberichts 2007 der EZB zu entnehmen, der Ende April 2008 veröffentlicht wurde.

Operationeller Bereich: Am 11. März 2008 beschloss der EZB-Rat, wie bereits im Dezember 2007 und Januar 2008, gemeinsam mit dem Federal Reserve System Maßnahmen einzuleiten und den Geschäftspartnern des Eurosystems im Rahmen der Term Auction Facility Refinanzierungsmittel in US-Dollar bereitzustellen, um dem erneuten Druck an den Märkten für kurzfristige

werden der Stand der Finanzmarktintegration im Euroraum, die Aktivitäten des Eurosystems im Bereich der Finanzmarktintegration sowie vier ausgewählte Merkmale, darunter die Integration und Entwicklung der Hypothekmärkte im Euro-Währungsgebiet, erläutert. Der Bericht wird auf der Website der EZB zur Verfügung gestellt.

Stellungnahme zu Rechtsvorschriften:

Am 26. Februar 2008 verabschiedete der EZB-Rat auf Ersuchen des portugiesischen Ministeriums der Finanzen und der öffentlichen Verwaltung eine Stellungnahme zu der Beaufsichtigung von Rechnungsprüfern und der diesbezüglichen Rolle der Banco de Portugal (CON/2008/11). Die Stellungnahme ist auf der Website der EZB abrufbar. Am 3. März 2008 verabschiedete der EZB-Rat auf Ersuchen des Rates der Europäischen Union eine Stellungnahme über Gemeinschaftsstatistiken des Außenhandels mit Drittländern (CON/2008/12). Die Stellungnahme wurde Mitte März 2008 im Amtsblatt der EU veröffentlicht und ist auch auf der Website der EZB abrufbar.

Am 19. März 2008 verabschiedete der EZB-Rat auf eigene Initiative eine Stellungnahme zu der Reform des griechischen Sozialversicherungssystems in Bezug auf die Bank von Griechenland (CON/2008/13). Am 25. März 2008 verabschiedete der EZB-Rat auf Ersuchen des estnischen Parlaments eine Stellungnahme zu organisatorischen Änderungen des Gesetzes über die Eesti Pank (CON/2008/14). Beide letztgenannten Stellungnahmen sind auf der Website der EZB abrufbar.

Statistik: Am 19. März 2008 nahm der EZB-Rat die jährliche Beurteilung der Verfügbarkeit und Qualität der von der EZB benötigten Statistiken des Euro-Währungsgebiets zur Kenntnis. Der Bericht über die Qualität der Statistiken zur Zahlungsbilanz und zum Auslandsvermögensstatus des Euroraums, der auch quantitative Qualitätsindikatoren enthält, wird auf der Website der EZB veröffentlicht.

Internationale und europäische Zusammenarbeit:

Am 17. März 2008 verabschiedete der EZB-Rat ein Kooperationsprogramm des Eurosystems in den Bereichen Bankenaufsicht und interne Revision mit der Bank von Russland. Dieses neue, das gesamte Eurosystem umfassende Programm zur technischen Unterstützung

wurde mit der EU-Delegation in Russland und der russischen Zentralbank vereinbart. Am 20. März 2008 unterzeichnete der Vizepräsident der EZB in einer öffentlichen Zeremonie in Moskau die Vereinbarung im Namen des Eurosystems (siehe eigene Meldung in diesem Heft).

Corporate Governance: Am 6. März 2008 erfolgte die Feststellung des geprüften Jahresabschlusses der EZB für das Geschäftsjahr 2007 durch den EZB-Rat. Der Jahresabschluss und eine entsprechende Pressemitteilung wurden an diesem Tag auf der Website der EZB veröffentlicht.

Banknoten: Am 27. März 2008 stimmte der EZB-Rat der Einrichtung eines dreijährigen Programms für Konsignationslager (Extended Custodial Inventory – ECI) für Euro-Banknoten in Asien zu. Wie bereits bei dem seit März 2007 für ein Jahr laufenden ECI-Pilotprogramm beschloss der EZB-Rat, dass die Deutsche Bundesbank der logistische Partner für die ECI-Banken ist. Ein solches Konsignationslager dient dazu, die Verteilung von Euro-Banknoten auf internationaler Ebene zu erleichtern und Marktinformationen über ihren Umlauf außerhalb des Euroraums zu liefern. Im Anschluss an diese Entscheidung findet ein formales Ausschreibungsverfahren statt; die derzeitigen Vereinbarungen zwischen der EZB, der Deutschen Bundesbank und den ECI-Pilotbanken werden bis zum Ende des Ausschreibungszeitraums verlängert, um eine Störung der während des Pilotprojekts durchgeführten Geschäfte zu vermeiden.

Seminar: Eurosystem und Golfkooperationsrat

In der ersten Märzhälfte hat das Eurosystem, das heißt die Europäische Zentralbank (EZB) und die 15 nationalen Zentralbanken des Euro-Währungsgebiets, zusammen mit den Zentralbanken und Währungsbehörden des Golfkooperationsrats (GKR) in Mainz ein hochrangig besetztes Seminar veranstaltet. Die Mitgliedstaaten des GKR sind Bahrain, Katar, Kuwait, Oman, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate. An dem von der Deutschen Bundesbank als Gastgeber ausgerichteten Treffen nahmen Notenbankpräsidenten und andere Repräsentanten des Eurosystems,

der Zentralbanken und Währungsbehörden der GKR-Staaten sowie Vertreter der Europäischen Kommission und des Generalsekretariats des GKR teil.

Ziel des Seminars war die weitere Stärkung des Dialogs und die Vertiefung der in den letzten Jahren enger gewordenen Beziehungen. Im Mittelpunkt standen die jüngsten wirtschaftlichen Entwicklungen in den GKR-Ländern und im Euroraum wie auch die zunehmende weltwirtschaftliche Bedeutung der GKR-Staaten. EZB-Präsident Jean-Claude Trichet hob in seiner Begrüßung die dynamische Entwicklung der GKR-Volkswirtschaften in den letzten Jahren hervor, infolge derer sich die Region zu einem weltwirtschaftlichen Wachstumspol gewandelt hat.

Der Präsident der Deutschen Bundesbank, Axel A. Weber, betonte, dass die GKR-Region zu einem wichtigen Akteur an den internationalen Finanzmärkten geworden ist und im Rahmen des von der internationalen Gemeinschaft verfolgten Ansatzes, einen geordneten Abbau der weltweiten Ungleichgewichte zu gewährleisten, ihren Teil beiträgt. Der Vorsitzende des GKR-Gouverneursausschusses und Präsident der Zentralbank von Katar, Abdulla Bin Saoud Al-Thani, setzte sich in seiner Ansprache mit den jüngsten Fortschritten und den künftigen Herausforderungen im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen und währungspolitischen Integration zwischen den GKR-Ländern auseinander.

In den Seminardiskussionen wurden drei Schlüsselthemen angesprochen. Mit Blick auf die Struktur und Entwicklung der Wirtschaft in den GKR-Ländern und im Euroraum erörterten die Seminarteilnehmer die dynamische Wirtschaftsentwicklung in den GKR-Staaten während der letzten Jahre, die durch ein ölpreisbedingt kräftiges Wachstum des realen BIP und hohe Haushalts- und Leistungsbilanzüberschüsse geprägt ist. Weiterhin wurde die robuste Dynamik im privaten Nicht-Ölsektor der Region sowie die Fortschritte bei der Diversifizierung der Wirtschaft und der Entwicklung des Finanzsektors thematisiert. Zugleich wurden Ansichten über die Ursachen des Inflationsdrucks in den GKR-Staaten sowie über die Maßnahmen zu dessen Bekämpfung ausgetauscht. Darüber hinaus wurde auch die wirtschaftliche Entwicklung im Euro-Währungsgebiet diskutiert.



Ein zweiter Themenschwerpunkt war die Rolle des GKR in der regionalen und globalen Wirtschaft, und zwar unter den Aspekten der aktuellen Geld- und Finanzpolitik sowie Energie und Handel. Die Seminarteilnehmer befassten sich mit der immer wichtigeren Rolle der GKR-Länder für die internationalen Finanzmärkte, an denen die GKR-Region mittlerweile weltweit als bedeutender Nettokapitalgeber auftritt, dessen Rang lediglich von den Staaten Ostasiens übertroffen wird. Darüber hinaus diskutierten die Teilnehmer die strukturelle Beschaffenheit der weltweiten Leistungsbilanzungleichgewichte, bei denen auch die Ölexportländer eine Rolle spielen, und die politischen Lösungsansätze der internationalen Gemeinschaft, um eine geordnete Korrektur der weltweiten Ungleichgewichte sicherzustellen. Ferner wurden Meinungen zu Fragen im Zusammenhang mit staatlichen Investitionsfonds (Sovereign Wealth Funds – SWF) ausgetauscht, da die GKR-Region einige der weltweit größten SWFs beheimatet.

Mit Blick auf die Schlüsselrolle der GKR-Staaten auf den internationalen Energiemärkten kamen die Teilnehmer zu der Einschätzung, dass die Bedeutung der Region angesichts ihrer großen Öl- und Gasreserven im Verbund mit relativ niedrigen Explorations- und Förderkosten künftig weiter zunehmen werde. Zugleich dürfte sich die Abhängigkeit der Volkswirtschaften in den Industrie- und Schwellenländern von Öleinfuhren infolge des steigenden Verbrauchs und/oder der Erschöpfung heimischer Reserven weiter erhöhen.

Bankendichte 2007

Der Konsolidierungsprozess der Banken hat sich aus Sicht der Deutschen Bundesbank im Jahr 2007 weiter verlangsamt. Die Gesamtzahl der Kreditinstitute sank demnach im Berichtsjahr um 24 von 2 301 auf 2 277 Institute, vor allem bedingt durch Fusionen im genossenschaftlichen (24 Institute) sowie im öffentlich-rechtlichen (11 Institute) Sektor. Um 13 auf 373 Institute erhöht hat sich im Vergleich zum Vorjahr die Zahl der Kreditbanken (Tabelle 1). Im Jahresverlauf 2006 hatte sich die Anzahl der Banken im Vergleich zu 2005 noch um 43 vermindert.

Die Zahl aller inländischen Zweigstellen ging im Berichtsjahr um 494 auf 39 838

Tabelle 1: Kreditinstitute in Deutschland

	Bestand an Kreditinstituten am 31.12.2007		
	2006	Veränderung ¹⁾	2007
Kreditbanken	360	13	373
Großbanken	5	0	5
Regional-, Wertpapierhandelsbanken und sonstige Kreditbanken	217	5	222
darunter: Wertpapierhandelsbanken	37	13	50
Zweigst. ausl. Banken und Wertpapierhandelsbanken	138	8	146
darunter: Zweigstellen ausl. Wertpapierhandelsbanken	47	0	47
Öffentlich-rechtlicher Sektor	469	- 11	458
Landesbanken	12	0	12
Sparkassen	457	- 11	446
Genossenschaftlicher Sektor	1 261	- 25	1 236
Genossenschaftliche Zentralbanken	2	0	2
Kreditgenossenschaften	1 227	- 24	1 203
Sonstige dem BVR angeschlossene Kreditinstitute	32	- 1	31
Sonstige	211	- 1	210
Realkreditinstitute	22	0	22
Banken mit Sonderaufgaben	18	0	18
Private Bausparkassen	15	0	15
Öffentliche Bausparkassen	11	- 1	10
Wohnungsunternehmen mit Spareinrichtung	45	0	45
Kapitalanlagegesellschaften	75	3	78
Wertpapiersammelbanken	1	0	1
Bürgschaftsbanken und sonstige Banken	23	- 3	20
E-Geld-Institute	1	0	1
Summe	2 301	- 24	2 277

¹⁾ Netto-Veränderungen aus Zu- und Abgängen; Quelle: Deutsche Bundesbank, Stand: 26. März 2008

Tabelle 2: Inländische Zweigstellen

	Bestand an Zweigstellen am 31.12.2007		
	2006	Veränderung ¹⁾	2007
Kreditbanken	11 578	- 256	11 322
Großbanken	8 879	- 311	8 568
Regional-, Wertpapierhandelsbanken und sonstige Kreditbanken	2 623	36	2 659
darunter: Wertpapierhandelsbanken	27	4	31
Zweigst. ausl. Banken und Wertpapierhandelsbanken	76	19	95
darunter: Zweigstellen ausl. Wertpapierhandelsbanken	3	2	5
Öffentlich-rechtlicher Sektor	14 252	- 143	14 109
Landesbanken	496	- 11	485
Sparkassen	13 756	- 132	13 624
Genossenschaftlicher Sektor	12 594	- 106	12 488
Genossenschaftliche Zentralbanken	11	0	11
Kreditgenossenschaften	12 292	- 91	12 201
Sonstige dem BVR angeschlossene Kreditinstitute	291	- 15	276
Sonstige	1 908	11	1 919
Realkreditinstitute	61	3	64
Banken mit Sonderaufgaben	32	- 3	29
Private Bausparkassen	1 081	19	1 100
Öffentliche Bausparkassen	714	- 8	706
Wohnungsunternehmen mit Spareinrichtung	4	0	4
Kapitalanlagegesellschaften	16	0	16
Wertpapiersammelbanken	0	0	0
Bürgschaftsbanken und sonstige Banken	0	0	0
E-Geld-Institute	0	0	0
Summe	40 332	- 494	39 838

¹⁾ Netto-Veränderungen aus Zu- und Abgängen; Quelle: Deutsche Bundesbank, Stand: 26. März 2008

Tabelle 3: Filialen und Tochterinstitute deutscher Kreditinstitute im Ausland

Länder	Auslandsfilialen			Tochterinstitute im Ausland ²⁾		
	31.12.2006	Veränderung ¹⁾	31.12.2007	31.12.2006	Veränderung ¹⁾	31.12.2007
Europa	202	- 5	197	257	- 10	247
weitere Länder	107	- 12	95	156	25	181
Summe	309	- 17	292	413	15	428

¹⁾ Netto-Veränderungen aus Zu- und Abgängen, ²⁾ Beteiligung an einem ausländischen Kreditinstitut mit mehr als 50 Prozent; Quelle: Deutsche Bundesbank, Stand: 26. März 2008

zurück. Die meisten Zweigstellen (14 109) gibt es weiterhin im öffentlich-rechtlichen Sektor: Landesbanken und Sparkassen verfügen über einen Anteil von 35,4 Prozent, rund ein Prozent weniger als im Vorjahreszeitraum.

Der Anteil der Genossenschaftsbanken reduzierte sich um 91 auf 12 488 Filialen und beträgt 31,3 Prozent. Bei den Kreditbanken fiel die Zahl um 256 auf 11 322 Zweigstellen, was einem Anteil von 28,4 Prozent entspricht. Die verbleibenden 1 919 Zweigstellen (4,8%) entfallen auf die sonstigen Kreditinstitute (Tabelle 2).

Gestiegen ist die Zahl der Tochterinstitute im außereuropäischen Ausland. Im Jahr 2007 unterhielten deutsche Kreditinstitute 292 Filialen im Ausland, dies ist ein leichter Rückgang um 17.

Die Anzahl der Tochterinstitute im Ausland, der eine Beteiligung an einem ausländischen Kreditinstitut mit mehr als 50 Prozent zugrunde liegt, erhöhte sich hingegen um 15 auf 428. Dabei engagierten sich die Institute verstärkt im außereuropäischen Ausland: Die Zahl der dortigen Tochterinstitute stieg um 25 auf 181 an. Nach wie vor befindet sich auch die Mehrzahl der ausländischen Tochterinstitute (247) in Europa (Tabelle 3).

Zahlungsbilanz und Auslandsvermögen

Die Leistungsbilanz des Euro-Währungsgebiets wies nach einer Veröffentlichung der Europäischen Zentralbank im vierten Quartal 2007 einen Überschuss von 11,0 Milliarden Euro auf. Die größten Überschüsse wurden gegenüber dem Vereinigten Königreich, den Vereinigten Staaten und den Ländern, die der Europäischen Union (EU) 2004 beziehungsweise 2007 beitraten, erzielt, während gegenüber den „anderen Staaten“ (das heißt den Nicht-G-10-Ländern außerhalb der Europäischen Union), Japan und den EU-Institutionen Defizite verzeichnet wurden.

In der Kapitalbilanz kam es bei den Direktinvestitionen und Wertpapieranlagen zusammengenommen per saldo zu Kapitalabflüssen in Höhe von 26 Milliarden Euro, da die Nettoabflüsse bei den Wertpapier-

anlagen die Nettozuflüsse bei den Direktinvestitionen überstiegen. Letztere waren in erster Linie auf die Vereinigten Staaten und das Vereinigte Königreich zurückzuführen. Betrachtet man die Wertpapieranlagen, so wurden die per saldo von Gebietsansässigen im Euro-Währungsgebiet erworbenen Papiere überwiegend in den Vereinigten Staaten und den „anderen Staaten“ begeben.

Am Ende des vierten Quartals 2007 wies der Auslandsvermögensstatus des Euro-raums gegenüber der übrigen Welt Nettoverbindlichkeiten in Höhe von 1,3 Billionen Euro (15 Prozent des BIP des Eurogebiets) auf. Dies entsprach einem Anstieg von 41 Milliarden Euro im Vergleich zum Ende des dritten Quartals 2007.

Die Leistungsbilanz des Euro-Währungsgebiets wies im Gesamtjahr 2007 einen Überschuss von 26,4 Milliarden Euro auf (rund 0,3 Prozent des Bruttoinlandsproduktes), verglichen mit einem Defizit von 1,3 Milliarden Euro im Jahr zuvor. Diese Entwicklung war hauptsächlich einer Verringerung des Warenhandelsdefizits gegenüber den „anderen Staaten“ (von 143,7 Milliarden Euro auf 119,3 Milliarden Euro), insbesondere gegenüber Russland, zuzuschreiben sowie einem höheren Warenhandelsüberschuss gegenüber den EU-Mitgliedstaaten (121,4 Milliarden Euro nach 98,7 Milliarden Euro), insbesondere dem Vereinigten Königreich.

Das Defizit im Warenhandel mit China nahm hingegen von 85,3 Milliarden Euro auf 104,3 Milliarden Euro zu, was vor allem auf einen Anstieg bei den Wareneinfuhren (von 138,8 Milliarden Euro auf 164,4 Milliarden Euro zurückzuführen war).

Am Ende des vierten Quartals 2007 wies der Auslandsvermögensstatus des Euro-Währungsgebiets gegenüber der übrigen Welt Nettoverbindlichkeiten in Höhe von 1 344 Milliarden Euro aus (15 Prozent des BIP des Euro-raums) und lag damit 41 Milliarden Euro über den revidierten Zahlen für das Ende des dritten Quartals 2007.

In der Zunahme der Nettoverbindlichkeiten spiegelten sich „sonstige Veränderungen“ (vor allem Neubewertungen aufgrund von Wechselkurs- und Vermögenspreisänderungen) in Höhe von 115 Milliarden Euro wider, die sich hauptsächlich aus den Wertpapieranlagen (95 Milliarden Euro)

und den Direktinvestitionen (31 Milliarden Euro) ergaben. Die „sonstigen Veränderungen“ wurden nur zum Teil durch Transaktionen bei den Wertpapieranlagen (44 Milliarden Euro) und den Finanzderivaten (48 Milliarden Euro) kompensiert.

Diese Veröffentlichung der EZB enthält auch eine Revision der Zahlungsbilanzdaten (vom ersten Quartal 2005 bis zum vierten Quartal 2007) und des Auslandsvermögensstatus (für das erste, zweite und dritte Quartal 2007). Die Revisionen der Daten der Leistungsbilanz betreffen in erster Linie die Einkommen aus Direktinvestitionen.

Die Datenrevisionen der Kapitalbilanz und des Auslandsvermögensstatus beziehen sich hauptsächlich auf die Wertpapieranlagen und die übrigen Anlagen. Ferner werden erstmals Daten zur vierteljährlichen Zahlungsbilanz und zum Auslandsvermögensstatus für das erweiterte Euro-Währungsgebiet, das heißt einschließlich Zyperns und Maltas, ausgewiesen.

Die Änderungen in der außenwirtschaftlichen Statistik des Euro-Währungsgebiets ergeben sich aus a) der Einbeziehung von Transaktionen Gebietsansässiger in Zypern und Malta mit Ansässigen außerhalb des Euro-raums sowie b) der Herausrechnung von Transaktionen von Ansässigen im Eurogebiet mit Gebietsansässigen in Zypern und Malta. Im Allgemeinen hatte der Beitritt Zyperns und Maltas nur geringfügige Auswirkungen auf die Gesamtergebnisse des Euro-Währungsgebiets.

Eine vollständige Reihe aktualisierter Statistiken zur Zahlungsbilanz und zum Auslandsvermögensstatus des Euro-Währungsgebiets steht auf der Website der EZB im Abschnitt „Statistics“ unter „Data services“/ „Latest monetary, financial markets and balance of payments statistics“ zur Verfügung.

Diese Statistiken – wie auch die Daten für das Euro-Währungsgebiet in seiner jeweiligen Zusammensetzung im Referenzzeitraum – können über das Statistical Data Warehouse (SDW) der EZB heruntergeladen werden. Die Ergebnisse werden ferner in der Mai-Ausgabe des EZB-Monatsberichts und des „Statistics Pocket Book“ veröffentlicht. Detaillierte methodische Erläuterungen sind auf der Website der EZB abrufbar.